



Foto: Eilers

Roll-back ins nukleare Zeitalter

Union und FDP würden im Falle eines Wahlsieges wieder auf die Atomkraft setzen

Der Wecker klingelte schrill und unüberhörbar: Wer bislang gedacht hatte, unter einer möglichen schwarz-gelben Bundesregierung würde es nach dem 22. September keine Zäsur in der Energiepolitik geben, der ist jäh aus seinem Tiefschlaf gerissen worden. Mit dem Anfang Juli vorgestellten Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung“ haben Union und Liberale keinen Zweifel daran gelassen, wohin die Reise geht: Unter Stoiber & Westerwelle droht ein Roll-back ins fossilkernleare Zeitalter.

Offener könnten die Unterschiede in den energiepolitischen Vorstellungen zwischen Rot-Grün und dem christlich-liberalen Oppositionslager nicht zu Tage treten, als in dem rund 250-seitigen Sondervotum, das Franz Obermeier (CSU) und Walter Hirche (FDP), die Kommissionssprecher ihrer Fraktionen, im Abschlussbericht präsentierten.

So fordern Union und FDP im Kapitel Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen ausdrück-

lich einen „Ersatz des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durch ein effizientes und marktconformes Fördermodell zur Unterstützung der Markteinführung neuer Energietechniken bzw. erneuerbarer Energien“. Und an anderer Stelle des Minderheitenvotums heißt es, dass weltweit enorme Energieeinsparungen auch mit hocheffizienten Kohlekraftwerken sowie der Atomkraft-Nutzung erfolgen könnten.

Um diese Idee zu konkretisieren, haben Union und FDP das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieverwendung in Stuttgart (IER) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (WI) in einem von drei Szenarien berechnen lassen, was es hieße, das Ziel, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgase bis zu 80 Prozent zu senken, mit dem Ausbau der Atomkraft zu schaffen. Ergebnis: Nach Berechnung des IER müssten von 2010 an 92 Gigawattstunden Atomstrom produziert werden. Das entspricht insgesamt etwa 60 Nuklearreaktoren. Das WI ermittelte immerhin 80 Gigawattstunden, was 52 Meilern entspricht. Zum Vergleich: Bundes-

weit sind zurzeit noch 19 Atomkraftwerke in Betrieb.

Die Christdemokraten waren nach Bekanntwerden dieser Zahlen schnell um Schadensbegrenzung bemüht: „So viele Kernkraftwerke werden auf keinen Fall gebaut, das wäre politischer Schwachsinn“, meinte CDU-Energieexperte Kurt-Dieter Grill, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Enquete-Kommission war. Wie viele Atommeiler er allerdings für vertretbar hält, sagt er – wie alle anderen CDU-Funktionäre – nicht. Klar ist eins: Unter einer unionsgeführten Bundesregierung wird es wieder einen Ausbau der Atomkraft geben. Daneben setzt die Union auf Kohle und Gas.

Wie wenig die Christdemokraten vom Ausbau der erneuerbaren Energien halten, unterstrich Grill auch wenige Tage später mit einem Frontalangriff auf die Windkraft in einem Interview gegenüber der



Kurt-Dieter Grill, christdemokratischer Atomkraft-Verfechter und Vorsitzender der Enquete-Kommission

NEUEN OSNABRÜCKER ZEITUNG: „Die Windvergütung kann abgesenkt werden. Es ist eine zentrale Forderung der Union: Die erneuerbaren Energien müssen sich im Wettbewerb der Konkurrenz stellen.“

Grill steht mit dieser Forderung keineswegs allein da. Jüngst betonte Matthias Wissmann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der Unions-Fraktion gegenüber der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND: „Wir werden gezwungen sein, die Förderung erneuerbarer Energien Zug um Zug abzustellen.“ Die Stromkunden, so Wissmann weiter, könnten sich die Fortsetzung der bisherigen Politik nicht leisten.

Grills und Wissmanns Bruder im Geiste, Walter Hirche, geht da noch einen Schritt weiter: Der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, der am 22. September nicht mehr für das Berliner Parlament kandidiert, fordert einen „Systemwechsel“. Konkret heißt das: „Die FDP will auf erneuerbare Energiequellen verzichten und setzt auf fossile Energiequellen sowie Atomkraft.“

Beifall für solche Worte bekommt Schwarz-Gelb allenfalls von ihren Hilfstruppen aus den Wirtschaftsverbänden. „Durch eine einseitig ökologische Ausrichtung der Energiepolitik werden wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Energiewirtschaft und energieintensiver Industrie vernichtet“, assistierte stellvertretend Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Ganz andere Töne kommen dagegen aus der Ökoenergie-Szene: „Wenn ich mich unter unseren Wirtschaftspartnern umhöre, dann haben sie Angst vor einem Regierungswechsel“, sagte Professor Rudolf Hezel dem Hardliner Hirche ins Gesicht, als der Mitte Juli das Institut für Solarenergieforschung in Hameln-Emmerthal besuchte. Auch Johannes Lackmann sieht dem 22. September mit großer Sorge entgegen: „Was die Union konkret will, lässt sich im Moment nicht sicher beurteilen. Das ist für uns unbefriedigend“, betont der Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) aus Paderborn. Kein Zweifel kann für den Ostwestfalen aber daran bestehen, dass die Befürworter der Atomkraft in der CDU/CSU zurzeit Oberwasser haben, während die Fürsprecher

der erneuerbaren Energien in der Partei untergetaucht sind. Lackmann ist sich deshalb sicher: „Union und FDP setzen wieder auf Atomenergie und wollen die gesetzliche Grundlage für erneuerbare Energien beschneiden.“

Das sieht Manfred Fischediek, Energieexperte im Wuppertal Institut, ähnlich. Würde die Union nicht auf die Atomenergie setzen, so der Wissenschaftler, hätte sie ein solches Szenario gar nicht rechnen lassen. „Das Ergebnis hat sie erschreckt“, so Fischediek, deshalb äußerten sie sich zurzeit nicht konkreter.

Das Szenario, für das sich Union und FDP stark machen, ist eine von drei Optionen, die das Institut für Energiewirtschaft und das Wuppertal Institut im Auftrag der Enquete-Kommission durchgerechnet haben. Ein zweites Szenario sieht unter anderem die effektivere Nutzung fossiler Energieträger sowie höhere Energiesteuern vor. Danach wäre die Senkung der Emissionen um 80 Prozent bis zum Jahr 2050 ebenfalls zu erreichen, wenn Kohlendioxid bei der Verbrennung von Kohle abgespalten und anschließend in ehemalige Gas- und Erdöllagerstätten gepumpt würde.

Dieses Szenario hat vor allem bei den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen große Anhänger, die dabei sind, ein angeblich „CO₂-freies“ Kohlekraftwerk entwickeln zu lassen (NEUE ENERGIE 5/2002). Was davon

Traumtänzerei: Vor allem sozialdemokratische Energiepolitiker aus Nordrhein-Westfalen würden gerne „kohlendioxidfreie“ Kohlekraftwerke entwickeln lassen.



Foto: Ruhr-Kocher Energiebau AG

zu halten ist, bringt Michaela Hu-stedt, die energiepolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, so auf den Punkt: „Es gibt in Europa nicht genügend Lagerstätten. Das CO₂ müsste weit transportiert werden, was unbezahlbar ist.“

Deshalb spricht alles für das „Energiewende-Szenario“ aus dem Abschlussbericht. BEE-Präsident Lackmann: „Die Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass das Erreichen der Klimaschutzziele mit Hilfe erneuerbarer Energien möglich ist. Auch die erforderliche Reduzierung der Treibhausgase um 80 Prozent bis 2050 kann zu vertretbaren Kosten erreicht werden.“ Dafür müssten die Ökoenergien bis dahin einen Anteil von 50 Prozent am Energieverbrauch haben. Flankiert werden soll dieser Weg durch die effektivere Nutzung fossiler Energieträger und Energieeinsparung. Das Öko-Szenario, das die Sachverständigen durchgespielt haben, zeige außerdem, dass ein ökologischer Wandel Arbeitsplätze schaffe und damit auch ökonomisch vertretbar sei.

Harry Lehmann, ebenfalls Kommissions-Sachverständiger und Energieexperte bei Sustainable Solutions

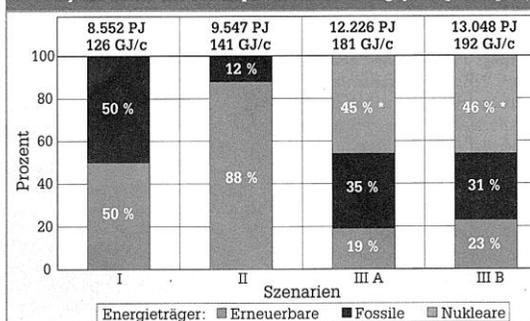
and Innovations Consulting in Aachen, betonte, wer eine nachhaltige Energiepolitik wolle, müsse weiter auf das EEG setzen. „Markteinführungsmaßnahmen sind wichtig, um die Klimaschutzziele zu erreichen“, so Lehmann.

Das unterstrich auch der Umweltwissenschaftler Martin Jänicke wenige Tage vor Vorstellung des Enquete-Berichtes. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung hatten den Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin damit beauftragt, welche gemeinsamen umweltpolitischen Ziele Rot-Grün in der nächsten Legislaturperiode anpacken müsse. Jänicke empfahl dabei die Entwicklung weiterer so genannter Lead-Märkte in umweltverträglichen Sektoren nach dem Vorbild der Wind- und Solarbranche: „Das sind Investitionen in einen entstehenden Weltmarkt, mit der Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern kann.“ Aber, wie es aussieht, verstehen Union und Liberale unter Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit etwas ganz anderes.

Text: Sascha Rentzing

Alles ist möglich

Szenarien aus dem Endbericht der Enquete-Kommission (dargestellt sind jeweils die Anteile am Primärenergie-Bedarf in Petajoule sowie der Pro-Kopf-Verbrauch in Gigajoule per Capita)



(*: Anmerkung: Nach der WI-Variante wären 52 Atommeiler in Deutschland notwendig, nach der IER-Variante 60)

- I): REG/REN-Offensive (von Rot-Grün bevorzugtes Modell), berechnet vom Wuppertal Institut
- II): REG/REN-Offensive (Variante mit dem höchsten Anteil erneuerbarer Energien), berechnet vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieverwendung, Stuttgart
- III): Fossil-Nuklearer Energiemix (Varianten, die Union und FDP haben ausrechnen lassen); A: vom Wuppertal Institut / B: vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieverwendung, Stuttgart